

Antrag Nr. 08-O-01-0003

Fraktion Linke Liste

Betreff:

Mieterhöhungen Wohnbaugesellschaft GWW

Antragstext:

Antrag der Fraktion Linke Liste:

Der Ortsbeirat Wiesbaden Mitte fordert den Magistrat auf,

- darauf hinzuwirken, dass die Wiesbadener Wohnbaugesellschaft GWW die Preispolitik ihrer jüngsten flächendeckenden Mieterhöhungen überdenkt.

Sofern die Mietpreiserhöhungen im Zusammenhang mit durchgeführten Sanierungsmaßnahmen stehen, ist Auskunft zu geben, ob sämtliche einschlägigen Förderprogramme zu Wohnraummodernisierung und zur energetischen Sanierung in Anspruch genommen worden sind und zu berichten, ob durch die Mieterhöhung Konsequenzen (Zwangsumzüge) für SGB II (Hartz IV) und SGB XII-Bezieher zu erwarten sind und wie viele Mieter (Mitte) aus diesem Kreis davon betroffen sind.

Begründung:

Wie jetzt bekannt wurde, sollen die Mieter der GWW u.a. im Berkirchenviertel - ab dem 01.02.2008 - eine zwischen 2,6% und 15% höhere Miete zahlen. Mit der vor drei Jahren bereits durchgeführten Mieterhöhung wurde der Mietzins damit innerhalb dieser Zeit um bis zu 35% erhöht. Hinzu kommen die Kostensteigerungen bei den Heiz-, Energie- und Nebenkosten. Damit ist für viele Mieter die Grenze einer bezahlbaren Wohnung erreicht bzw. überschritten. Die GWW hat als gemeinnütziges städtisches Unternehmen auch ihrem sozialen Auftrag gerecht zu werden, der bei einer bis zu 35-prozentigen Mietpreiserhöhung innerhalb von drei Jahren nicht als erfüllt angesehen werden kann.

Wiesbaden, 21.01.2008

Geissler